

Sicht aus dem Innern der Schule

Rolf Wernli, Schulleiter Bezirksschule Wohlen, zum Planungsbericht Bildungskleeblatt

Die nachfolgende Sicht ist diejenige des Schulleiters der Bezirksschule Wohlen, mit 400 Schülerinnen und Schülern und rund 40 Lehrpersonen eine der grösseren Bezirksschulen im Kanton Aargau.

Die Bezirksschule ist bis heute die Hüterin der progymnasialen Ausbildung. Sie und damit ihr dualer Auftrag (Vorbereitung auf das Gymnasium und eine anspruchsvolle Berufsausbildung) wird mit dem vom Regierungsrat bevorzugten Modell 2 der Sekundarstufe 1 verschwinden.

Die Schulleitungen im Aargau werden den geplanten Totalumbau durchführen müssen. Das heisst: die Lehrpersonen aller Schulstufen für eine neue Arbeit motivieren und einem neuen Arbeitsplatz zuweisen, Schulraum bereitstellen, die neuen Strukturen und Lehrgänge organisieren und vieles mehr.

Eine erste Analyse zeigt, dass Rainer Hubers Vorhaben, das pro Jahr letztlich rund 200 Millionen mehr kosten wird, gewaltig ist. Die folgenden Punkte sind eine Auswahl und sind besonders prüfens- und erwähnenswert.

1. Fünftes Kleeblatt

Das Kleeblatt ist nicht vier-, sondern fünfblättrig. Nicht speziell ausgewiesen ist eine weitere geplante fundamentale Änderung im aargauischen Schulwesen: Integrative Schulung (IS) in allen Stufen. Für die Oberstufe bedeutet dies, dass die 4 Prozent Kleinklassen- oder Werkjahrschulkinder in die Regelklassen integriert werden. Die «Restschulproblematik» soll gelöst werden, indem die 4 Prozent Leistungsschwächsten integriert, gleichzeitig die 3-Prozent Leistungsstärksten separiert werden. Dies führt zwangsläufig zu einem Niveauverlust auf der Oberstufe der Volksschule. Für die Eingangs- und Mittelstufe sind die Folgen fundamental: Das gesamte Leistungsspektrum der Kinder ist während der ersten acht Schuljahre in einer Klasse (in der Eingangsstufe sogar jahrgangsdurchmischten) vereint. Besonders im zukünftigen 8. Schuljahr (bisherige erste Oberstufe) wird das Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler in einer Klasse (Gymnasiasten und Kleinklassenschüler) extrem unterschiedlich sein. «Mit individualisierenden Lehr- und Lernmethoden werden die Schülerinnen und

Schüler ihrem Entwicklungs- und Leistungsstand entsprechend gefördert.» Diese Aussage ist schnell auf Papier gebracht, die Umsetzung dürfte um einiges schwieriger sein, umso mehr, als der Unterricht auf der Mittelstufe auch in mehrklassigen Abteilungen geplant ist. Die im Planungsbericht erwähnten Methoden wie «massgeschneidertes Lernprogramm» oder «Arbeitsmethoden und Lerntechniken für selbstständiges Lernen» sind richtig, aber mit einer völlig leistungsdurchmischten 8. Klasse keineswegs einfach durchzusetzen. Die Gefahr besteht, dass der Fokus auf den Leistungsschwachen liegt, während die Besten (sie lernen selbstständig und individuell) allein gelassen werden. Die geplante Unterstützung durch schulische Heilpädagogen wird hilfreich sein, führt aber für die Lehrpersonen zu mehr Aufwand bei Absprachen. Zudem wird es nicht gelingen, in so kurzer Zeit genügend Heilpädagogen auszubilden.

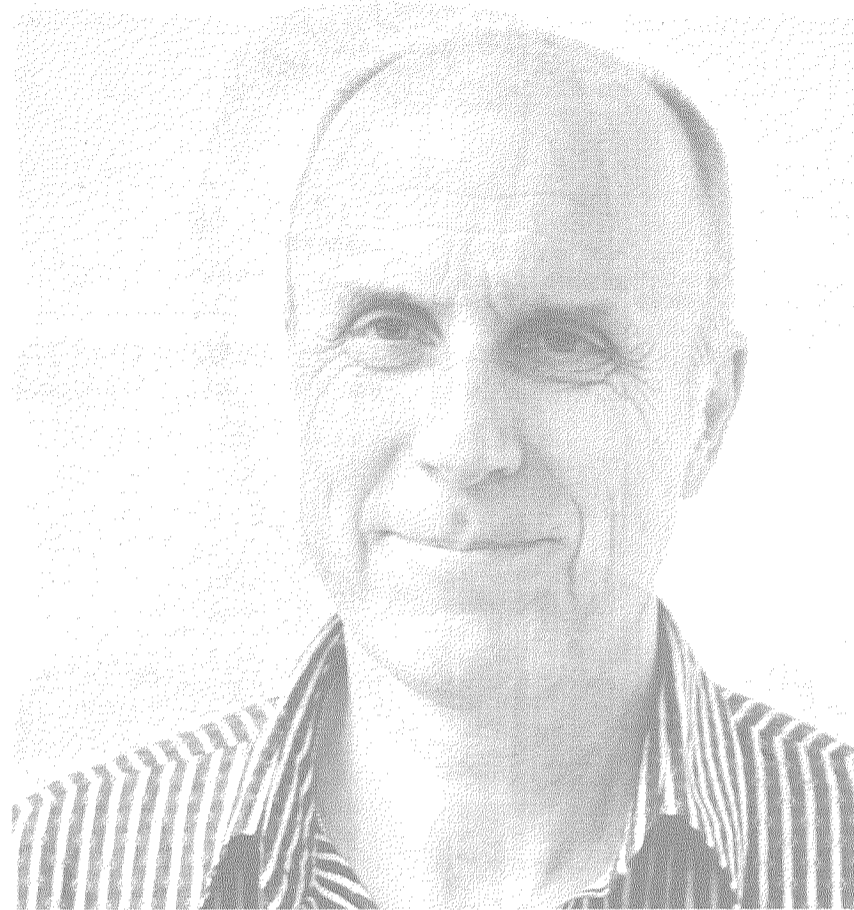
Viele Bedürfnisse bei integrativer Schulung sollen mit der erhöhten Lektionenzuteilung durch Sozialindex (ein eigenes Kleeblatt) für belastete Gemeinden wie Wohlen abgedeckt werden. Aus diesem Grund ist die taktische Abkoppelung des Kleeblatts «Lektionenzuteilung mit Sozialindex» nicht zu verantworten.

16 Schulen im Kanton Aargau erproben die Integrative Schulungsform (ISF). Mehrheitlich kleine Primarschulen, keine nur annähernd so gross wie Wohlen und keine mit einem ähnlichen Anteil an fremdsprachigen Kindern.

Fazit: Die Einführung der Integrativen Schulung auf der ganzen Volksschule ist ein einschneidender Systemwechsel und markanter Bestandteil des Kleeblatts «Strukturreform». Die taktische Abkoppelung des Kleeblatts «Lektionenzuteilung durch Sozialindex» ist sehr fragwürdig.

2. Elitegymnasium

Nur gerade 3 Prozent der Schülerinnen und Schüler sollen Aufnahme in das Elitegymnasium finden. Im Vergleich zu den Nachbarkantonen sind das viel weniger und deshalb kann nicht von einem regulären Langzeitgymnasium gesprochen werden. Zusätzlich entscheidet sich der wichtige Nachbarkanton Zürich dezidiert gegen eine solche Einrichtung. Prof. Jürgen Oelkers spricht sich gegen ein Elitegymnasium aus: «Solange Gymnasien Einheitsabschlüsse bieten, ist



Schulleiter Rolf Wernli spricht in seinem Artikel eine Auswahl von Punkten an, die besonders prüfenswert sind.

Bild: zg

das für Schülerinnen und Schüler kaum ein Vorteil.» Gerade hier plant der Aargau mit einer zentral vorgegebenen Matur eine entsprechende Vereinheitlichung.

Der Zugang zu diesem Elitegymnasium ist höchst umstritten und kann nicht nur über eine Eintrittsprüfung erfolgen. Gerade weil ein sechsjähriges Gymnasium in den «Eliten» sehr begehrt ist, wird der Druck (erst recht nach acht Jahren integriertem Unterricht) sehr gross sein. Mit dem Verschwinden des Progymnasiums im Kanton Aargau wird sich dieser Druck noch vergrössern. Vom Regierungsrat ist eine verbindliche Erklärung einzufordern, dass diesem Druck nicht nachgegeben und auf schleichendem Weg ein Langzeitgymnasium eingeführt wird. Es sei denn, er möchte dies, und dann hat er jetzt mit allen Konsequenzen (vor allem finanzieller Natur) dazu zu stehen.

Fazit: Ein Elitegymnasium erfüllt den Wunsch nach Begabtenförderung. Gleichzeitig handelt man sich jede Menge Probleme ein: Schwierige Ein-

gangsselektion, unklare Standortfrage und fehlende progymnasiale Ausbildung im Kanton Aargau.

3. Der Wandel der «Firma Schule Aargau» und der Zeitplan

Wird die Reform in der von Rainer Huber geplanten Art vollzogen, bedeutet dies, dass alle (!) Lehrpersonen eine andere Arbeit ausführen werden. Man stelle sich vor: Alle Angestellten der «Firma» Schule müssen umgeschult werden. Sie verrichten eine andere Arbeit in einer neuen Struktur. Dies gilt auch für die Schulleitungen, die sich gezielt weiterbilden müssen. Gleichzeitig sollen neue Strukturen für die Ganztagsbetreuung geschaffen, Blockzeiten umgesetzt (auf der ganzen Volksschule inklusiv Oberstufe), Englisch und Französisch auf der Primarstufe und Niveauunterricht auf der Oberstufe eingeführt werden. Dieser Totalumbau soll in minimaler Zeit mit einer noch nicht etablierten Führungsstruktur durchgeführt werden: Laut Bericht aus dem Departement führt

ein Viertel der Gemeinden die Schulleitung erst auf das kommende Schuljahr ein. Die lokalen Hauptverantwortlichen (Schulpflegen) sind Laiengremien, die wichtige Personal- und Infrastrukturrentscheidungen treffen müssen. Die in den meisten Schulen begonnene Qualitätsentwicklung soll während dieser Zeit weiterentwickelt und etabliert werden.

2010 sollen die ersten 3.-Bezler ans Gymnasium wechseln (nicht nur Einzelne wie bisher, sondern es wird von «doppeltem Jahrgang» gesprochen). Diese werden in diesem Sommer 2007 in die 1. Klasse der Bezirksschule eintreten und nach bisherigem Lehrplan unterrichtet. Ihnen wird im Sommer 2010 der gesamte Schulstoff der 4. Bez fehlen. Kann das Gymnasium problemlos noch ein ganzes Jahr Schulstoff dazupacken und dies ohne Verlust? Es stellt sich die Frage: Werden dadurch ein paar Jahrgänge zukünftiger Kantischüler einem zu ehrgeizigen Zeitplan geopfert?

Für sämtliche Schulstufen und Schulformen besteht noch kein passender Lehrplan. Dieser muss erst noch erarbeitet und mit dem Lehrplan Deutschschweiz koordiniert werden. Dieses Projekt sieht aber eine Umsetzung des neuen Lehrplans erst ab dem Jahr 2011 vor. Das bedeutet: Alle Lehrpersonen verrichten im Jahr 2010 eine veränderte Arbeit in neuen Strukturen ohne gültige Lehrpläne und mit nicht angepassten (oder noch nicht existierenden) Lehrmitteln.

Die jahrelang entwickelte neue Promotionsordnung ist startbereit. Sie wird wohl vor der Reform nicht mehr zum Einsatz kommen und muss umgeschrieben werden. Viel Geld und Arbeit für nichts.

Fazit: Das Fuder ist erheblich überladen. Es wird nicht gelingen, alle Prozesse gleichzeitig in der angestrebten Qualität durchzuführen. Der Zeitplan ist ganz und gar unrealistisch. Eine Totalumgestaltung darf nur aufgrund solider pädagogischer (Lehrpläne) und organisatorischer (Promotionsordnung, Stundentafeln, Räume) Grundlagen geschehen und darf nicht ganze Schülerjahrgänge als Versuchskaninchen missbrauchen. Deshalb ist eine sequenzielle Umsetzung der Reform dringend zu fordern.

Rolf Wernli, Schulleiter Bezirksschule Wohlen

Bildungsminister Rainer Huber stellt vieler Orts das Bildungskleeblatt vor. Zuletzt in Muri (siehe Ressort Oberfreiamt.). Morgen Mittwoch ab 19 Uhr ist Regierungsrat Huber im Chappellehof zu Gast.

Finanzen: Nicht alle Kosten sind ausgewiesen

Jede Firma wird, wenn es um einen allfälligen Totalumbau geht, eine «Kosten-Nutzen»-Rechnung machen. Damit eine seriöse Analyse möglich wird, müssen sämtliche Kosten aufgelistet werden. Der Bericht weist nur zusätzliche Aufwendungen für Löhne (inklusive Weiterbildung) aus. Für eine gründliche Abwägung fehlen die Kosten für die Infrastruktur und die Administration, die von den Gemeinden getragen werden müssen.

Die neue Eingangsstufe wird zu erheblichem Raumbedarf führen, im Bericht ist von 227 bis 450 Raumein-

heiten die Rede: «Die Umnutzung von Kindergartenräumen beziehungsweise konventionellen Unterrichtsräumen der Grund- oder Basisstufe stellt eine bauliche Herausforderung dar.»

1000 Kinder am Mittagstisch?

Die Anforderungen an die Infrastruktur für die Tagesstrukturen sind noch nicht ermittelt. Zum Beispiel Mittagstisch: Angestrebt wird eine Nutzung von 50 Prozent der Kinder an zwei bis drei Tagen pro Woche. Für die Gemeinde Wohlen bedeutet dies, dass

mehr als 1000 (!) Kinder über Mittag verpflegt und betreut werden sollen. Die entsprechende Infrastruktur besteht noch nicht und muss ebenfalls in die Kostenberechnung einfließen.

Fazit: Die im Bericht ausgewiesenen Kosten von rund 200 Millionen sind noch längst nicht alle, die auf den Steuerzahler zukommen. Eine Vollständige Aufstellung ist aber für eine gründliche Kosten-Nutzen-Abwägung durch Parlament und Steuerzahler notwendig und deshalb zu bestimmen.

--rw

Die Folgerungen

Die Grundtendenz der Schulreform zeigt einen richtigen Weg. Integrierte und individuelle Förderung der Kinder ist zeitgemäss, der Unterricht in Niveaufächern auf der Oberstufe ermöglicht den Schülerinnen und Schülern ein angepasstes Leistungsniveau. Ganztagsstrukturen und frühere Einschulung sind ein Gebot von Zeit und Gesellschaft.

Sowohl Rahmenbedingungen (Infrastruktur, Kosten der Gemeinden) als auch Inhalte (Lehrpläne) sind für eine Abwägung durch Parlament und Stimmvolk zu wenig klar ausgeführt.

Zudem lässt die geplante Umsetzung zu wenig Platz für individuelle Lösungen vor Ort. Der Zeitplan ist unrealistisch und fordert zu viele Opfer auf Schüler- und auf Lehrerebene. Im Bereich Progymnasium/Langzeitgymnasium/Bezirksschule führt das von Huber favorisierte Modell 2 zu einem Standortnachteil. Der Verzicht auf ein Progymnasium führt zu einer schlechteren Ausbildung der zukünftigen Lehrlinge in den anspruchsvollen Berufen und einer schlechteren Vorbereitung der zukünftigen Gymnasiasten.

--rw